
FORUM: 5 Jahre nach der Wende

Reinhard Weißhuhn: Bürgerbewegung in der DDR und Ostpolitik in der Bundesrepublik

Reinhard Weißhuhn, geb. 1951 in Dresden, Studium der Architektur und Stadtplanung in Weimar, Arbeit als Fachinformatoren bei der Bauakademie und als Architekt beim Diakonischen Werk, war seit 1975 in oppositionellen Zirkeln aktiv, später bei der Initiative Frieden und Menschenrechte. Er ist außenpolitischer Mitarbeiter in der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen.

Die Öffnung der DDR nach Ulbricht

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen wichtigen Staaten ab 1971 und der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik 1972 hatte die DDR eines ihrer wesentlichen Ziele - die Anerkennung als zweiter deutscher Staat - erreicht. Die Sorge der SED um internationale Reputation blieb aber bis zu ihrem Ende ein wichtiges Element ihrer Außenpolitik. Dieses Interesse spielte eine bedeutende Rolle im Umgang mit Dissidenten und Oppositionellen. Immer mußte abgewogen werden, ob die Gefahr eines internationalen Prestigeverlusts nicht höher sei als das Risiko, Andersdenkende ungeschoren zu lassen. Und oft genug wurde diese Frage

zugunsten des Ansehens der DDR im Ausland - zu dem nicht zuletzt die Bundesrepublik gehörte - entschieden.

Ein zusätzliches Problem entstand für die SED durch die Ansprüche des Helsinki-Prozesses. Die Schlußakte der KSZE 1975 mit zu unterzeichnen, war für die DDR ein enormer außenpolitischer Prestigegewinn, dessen subjektive Bedeutung für die SED nur aus deren unheilbarem Minderwertigkeitskomplex erklärbar ist. Aber damit war die Hinnahme von Regem, speziell des sogenannten „Korbs drei“, verbunden, deren Erfüllung für die SED eine geradezu existenzielle Gefahr bedeutete. Von nun an mußte sie sich nicht nur mit Andersdenkenden herumschlagen, sondern vor allem mit einer explosionsartig wachsenden Zahl von Menschen, die das in Helsinki auch von Honecker akzeptierte Recht auf Auswanderung einforderten. Der Impuls, der von Helsinki und in der Folge von der Menschenrechtspolitik eines Jimmy Carter ausging, war politisch für die DDR ähnlich gefährlich, wie es später die Totrüstungspolitik Reagans wirtschaftlich sein sollte. Der Erfolgsszenario Honeckers zu Beginn seiner Herrschaft leitete deshalb zugleich das Ende der DDR ein.

Die Entspannungspolitik der zunächst SPD-geführten Bundesregierungen hatte in diesem Zusammenhang eine zwiespältige Funktion. Einerseits verstärkte sie den Erwartungsdruck in der DDR auf „menschliche Erleichterungen“ und steigende Konsummöglichkeiten. Sie erhöhte das Ansehen der Bundesrepublik und besonders von Politikern wie Willy Brandt und Helmut Schmidt in der DDR-Bevölkerung beträchtlich. Insofern schadete die Entspannungspolitik der SED-Führung und half, die unaufhaltsame politische Erosion der DDR zu beschleunigen. Andererseits akzeptierte die Bundesrepublik die DDR als auf Dauer etablierten sozialistischen Staat und versah sie immer wieder mit lebensverlängernden Finanzspritzen. Die bis zur Vereinigung 1990 ungebrochen groteske Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Situation in der DDR durch Bundesregierung und Wirtschaftsinstitute führte zu einer zwar letztlich sinnlosen, zunächst aber wirksamen Stabilisierung der dahinsiechenden Wirtschaft. Zwar mag diese Wirkung oft überschätzt werden, aber vorhanden war sie sicher.

Die Opposition in der DDR orientierte sich nicht an der Ostpolitik, schon gar nicht bezog sie sich positiv auf westliche Regierungen—ebensowenig wie diese auf Widerstand in der DDR. Die Entspannungspolitik wurde als nützlich erlebt und mit dem Mangel an Wirkung nach innen verglichen. In Gang kam die Entwicklung von Protest—im Unterschied zur Ausreisewelle—nicht durch die Entspannungspolitik, sondern als Reaktion auf ihr Gegenteil.

Die Friedensbewegung - Wurzel der Bürgerbewegung

Unmittelbarer Anlaß für eine Mobilisierung von Kritik an der herrschenden Politik in Ost und West war der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979. Die öffentliche Diskussion mitsamt den spektakulären Aktionen der Friedensbewegung, die daraufhin in der Bundesrepublik ein-

setzten, führten in der DDR zur Erkenntnis der lebensbedrohlichen Rüstungspolitik auch des Warschauer Paktes. Wie in der Bundesrepublik hatte die Friedensbewegung in der DDR neben pazifistischen und christlichen auch linke und emanzipatorische Wurzeln. Sie wandte sich nicht nur gegen die herrschende Sicherheitspolitik, sondern auch gegen deren machtpolitische und wirtschaftliche Grundlagen. Zu den geistigen Wegbereitern der Friedensbewegung auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ gehörten Unke Oppositionelle wie Rudi Dutschke und Robert Havemann.

In der DDR verband sich mit dem Protest gegen die Nachrüstung auch der Widerstand gegen die Unterdrückung von Informationen, das Verbot, eigene Interessen zu artikulieren und das Fehlen einer demokratischen Öffentlichkeit. Dieser Widerstand bedeutete ein mindestens ebenso starkes Motiv für Engagement wie das Thema der atomaren Gefahr selbst. Als natürlichen Partner in der Gegnerschaft zur Nachrüstung und zur Sicherheitspolitik beider Militärbündnisse sah die unabhängige Friedensbewegung in der DDR neben der westdeutschen Friedensbewegung die junge Partei der Grünen an, die aus ähnlichen Wurzeln - allerdings unter diametral entgegengesetzten politischen Bedingungen - hervorgegangen war wie sie selbst. Ausdruck ihres gleichermaßen distanzierten Verhältnisses zur jeweiligen Regierungspolitik ebenso wie ihres Verhältnisses zueinander war das beiderseitige Bekenntnis zur blockübergreifenden „Solidarität von unten“.

Mitte November 1983 bestätigte der Deutsche Bundestag den Nachrüstungsbeschluss der NATO. Damit läutete der Bundestag unter anderem eine drastische Veränderung des Verhältnisses zwischen DDR und BRD, zwischen SED und Grünen, vor allem aber zwischen der SED und der Friedensbewegung ein. Das Interesse der SED an den westdeutschen Parteien, besonders an der SPD, und speziell ihr seit dem Einzug in den Bundestag deutlich gestiegenes Interesse an den Grünen, das sich keineswegs nur auf deren Vorstellungen von Abrüstung bezog, blieb allerdings bestehen und spielte weiterhin eine Rolle auch für den Umgang mit der eigenen Opposition.

In den Jahren 1984 und 1985 ging es für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR in erster Linie darum, die bis dahin erreichte Mobilisierung trotz des Drucks der staatlichen Repressionen und der zunehmenden Zahl erfolgreicher Ausbürgerungsanträge nicht wieder abflauen zu lassen. Neben die Problematik der Entmilitarisierung und Abrüstung traten vor allem umweltpolitische Themen. Darüber hinaus hatten die Menschenrechte für die DDR-Opposition besondere Bedeutung. Wegen ihrer drastischen und grundsätzlichen Einschränkung fehlten in der DDR die Voraussetzungen für jede offene und öffentliche politische Auseinandersetzung. Die wachsende thematische Breite, verbunden mit dem Zusammenfinden christlicher und nichtchristlicher Engagierter unter dem gemeinsam schützenden Dach der Kirche sowie die inzwischen zumindest ansatzweise vorhandenen ebenfalls schützenden Kontakte zu westlichen Politikern und Journalisten - jedenfalls in Berlin - ermöglichten zum ersten Mal diese früher nie erreichte Kontinuität.

Abgrenzung auf beiden Seiten

Alle etablierten bundesdeutschen Parteien spielten für die DDR-Opposition eine untergeordnete Rolle. Obwohl es zum Ende der achtziger Jahre hin zunehmende Kontakte — überwiegend im Rahmen offiziöser kirchlicher Begegnungen - zu einzelnen CDU-, FDP- und vor allem SPD-Politikern gab, zeigte keine dieser Parteien insgesamt ein erkennbares Interesse an der DDR-Opposition. Allerdings gibt es für diesen Kontaktmangel auch Gründe innerhalb der DDR-Opposition. Diese liegen in der politischen Biographie ihrer Mitglieder. Sie hatten in ihrer Mehrzahl einen antikapitalistischen Hintergrund und setzten auf eine Reform des real existierenden Sozialismus. Ähnliches gilt auch für den größten Teil der Christen unter ihnen. Daraus entstanden Vorbehalte gegenüber den konservativen Parteien in der Bundesrepublik.

Im Oktober 1987 fand in Ost-Berlin ein Treffen von prominenten DDR-Oppositionellen mit einer Delegation der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag statt. Dieses erste quasi-offizielle Treffen mit hochrangigen Politikern der westdeutschen Regierungspartei erregte sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR - dort sowohl bei der Opposition als auch beim MfS - beträchtliches Aufsehen. Die innerhalb der DDR-Opposition entstandene Kritik ist typisch für deren Verhältnis zum Westen. Die Oppositionellen hatten, solange es sie gab, unbedingt darauf zu achten, sich vom Westen als dem Erzfeind zu distanzieren. Nicht nur die staatliche Propaganda und vor allem deren strafrechtliche Konsequenzen, auch die linken Dogmen innerhalb der Opposition zwangen sie zur Wahrung größtmöglichen Abstands. Nicht zufällig kam die massive Kritik aus dem unken Flügel der Opposition. Jetzt aber war das West-Tabu - zu dem die Grünen aufgrund ihrer wiederum für den Westen atypischen Spezifik weder für SED und MfS noch für die Opposition gehörten — öffentlich gebrochen worden.

Eine Entwicklung von Kontakten zur SPD wurde vor allem durch deren ausgeprägt etatistisches Verhältnis zur SED-Führung behindert. Zwar hatten die Beziehungen einiger SPD-Politiker zur evangelischen Amtskirche und die Entstehung des SED-SPD-Papiers indirekte Auswirkungen auf die DDR-Opposition, zu engeren und direkteren Beziehungen kam es aber nicht. Auch die Gründung der SDP in der DDR 1989 vollzog sich ohne und sogar gegen die SPD in der Bundesrepublik. Das offensichtlich nahende Ende der SED-Allmacht vor Augen, fragten die Initiatoren der SDP erst gar nicht in Bonn, ob sie eine sozialdemokratische Partei gründen dürften. Sie nannten deshalb ihre Partei-Initiative, die nach monatelanger Vorbereitung im August 1989 öffentlich bekannt wurde, auch nicht SPD, sondern SDP. Die SPD war an dieser Gründung nicht nur nicht beteiligt, sie distanzierte sich auch so lange von ihr, bis sie sie nach dem Fall der Mauer als Partner brauchte. Sie, die in der DDR große Sympathien genoß, erzeugte nicht nur bei den SDP-Gründern, sondern in der gesamten Opposition sehr deutlich den Eindruck, die Opposition als politisches Subjekt zumindest nie ernstgenommen zu haben. Große Teile der Oppo-

sition empfanden das Verhältnis der SPD zu ihr als ausgesprochen desinteressiert bis hin zu offenkundiger Berührungangst.

Das SED-SPD-Papier vom Sommer 1987 löste auch in der Opposition Diskussionen aus. Aus deren Blickwinkel bestand sein Stellenwert in seiner taktischen Verwertbarkeit und nicht etwa in einem Anstoß für eine Reform der SED. Dort löste es vor allem Verwirrung und auch Hoffnung aus. Es hatte damit, z. B. in universitären Zirkeln, eine ähnliche Funktion wie später-wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen - das Sputnik-Verbot. Mit der Opposition hatten auch solche Andeutungen von innerparteilicher Bewegung nichts zu tun - im Gegenteil. Von der Realität und ihrer Wahrnehmung war die bereits weitgehend entideologisierte, nur noch als Selbstzweck dienende Parteidisziplin längst Welten entfernt. Die Bedeutung des SED-SPD-Papiers für einen bis zum Ende der DDR immer wieder vermuteten Reform-Flügel in der SED blieb spekulativ. Ein solcher war bis 1989 zumindest von außen nicht erkennbar und dann bereits irrelevant.

Die Tatsache, daß alle Parteien in der Bundesrepublik mit Ausnahme der Grünen entweder regierten oder lange regiert hatten, trug sicher dazu bei, daß sie sich vorrangig auf die offiziellen Kontakte orientierten. Keine dieser Parteien nahm die unabhängigen Gruppen ernst, zumal sie in ihrer gesellschaftlichen Position ohne jede Aussicht auf irgendeine Form von erkennbarem politischen Einfluß zu sein schienen. Erst im Herbst 1989 zeigte sich, daß dies eine Fehleinschätzung war. Ein Grund dafür bestand wohl in der mangelnden Wahrnehmungsfähigkeit der Verfaßtheit realsozialistischer Gesellschaften, ein anderer in dem deutlich von dem traditioneller politischer Parteien verschiedenen kulturellen Habitus des Großteils der Oppositionellen. Zwar gab es innerhalb der Opposition eine unverhältnismäßig große Zahl von Theologen mit durchaus bürgerlicher Kultur, aber auch sie blieben unterhalb der nach westlichem Muster politisch relevanten Wahrnehmungsschwelle. Immerhin ist es sicher kein Zufall, daß die Mehrzahl der Kontaktpersonen etablierter westdeutscher Politiker Theologen waren. Fast ausschließlich von dorthier rekrutierte sich auch der Teil der Oppositionellen, der sich nach dem Herbst 1989 nicht den Grünen, sondern der SPD oder noch seltener der CDU zuwandte.

Innerhalb der westdeutschen Parteien lassen sich politische Milieus erkennen, die eher an der Opposition in der DDR interessiert waren als andere oder ihr distanzierter gegenüberstanden. Beispiele sind die traditionellen Linken innerhalb der Grünen, die sich eher nach Lateinamerika oder Südostasien orientierten als in das deutschsprachige Nachbarland, aus dem ihre Eltern stammten oder der Arbeitnehmerflügel der CDU, in dem die Menschenrechte sowohl in Lateinamerika oder Afrika als auch in der DDR häufiger ernst genommen wurden als in der übrigen Partei. Auffällig ist auch, daß die FDP am wenigsten Kontakt zur DDR-Opposition hatte. Der Grund dafür liegt wohl nicht allein in der geringen Größe der Partei. Eher waren die politischen Inhalte und sozialen Bezüge der FDP der achtziger Jahre von denen der DDR-Opposition am weitesten entfernt.

Die Grünen - Partner der DDR-Opposition

Nur ein kleiner Teil der Grünen war sich der Bedeutung des Themas Menschenrechte für die DDR-Opposition bewußt, teilte diese Einschätzung und zog daraus Konsequenzen für die Berechtigung und Notwendigkeit entsprechender Handlungsweisen und Prioritäten. Obwohl dieser Teil der Grünen nicht repräsentativ für die Grünen insgesamt war, bestimmte er deren Erscheinungsbild für die DDR-Opposition. Die SED und das MfS betrachteten jene Mitglieder der Grünen, die Kontakte zur DDR-Opposition pflegten, als Feinde. Sie wandten deshalb den Grünen gegenüber - wenn auch naturgemäß vergleichsweise begrenzt - ähnliche Mittel an wie gegenüber der DDR-Opposition. Diese Mittel bestanden in direkter Repression in Gestalt von Einreiseverboten für unliebsame Mitglieder und in gezielter Beeinflussung der Politik der Grünen. Letztere geschah durch Inoffizielle Mitarbeiter und durch Überzeugungsarbeit bei dafür aufgeschlossenen Mitgliedern. Der Einfluß der SED auf die Politik der Grünen war etwa dem vergleichbar, den sie über die DKP und ihre Tarnorganisationen auf die westdeutsche Friedensbewegung ausübte. Relevante Gruppen innerhalb der Grünen waren der SED-Argumentation mehr oder weniger zugänglich. Es gelang ihr deshalb zwar, die Position jener zu stärken, deren Politik ihr genehm oder zumindest berechenbar erschien, nicht aber, die Unterstützung der DDR-Opposition zu unterbinden.

Die kulturellen Milieus, denen im Westen die Grünen entstammten, waren denen in den sozialistischen Ländern insgesamt ziemlich ähnlich. Besonders galt das für die DDR. Dort war infolge der Abwanderung in den Westen schon bis 1961, aber auch danach wieder, das traditionell bürgerlich-konservative und liberale bis weit in das sozialdemokratische sozio-kulturelle Milieu hinein viel stärker ausgedünnt worden als in den östlichen Nachbarländern. Der verbliebene Rest orientierte sich entsprechend deutlicher links und im grünen Sinne post-industriell.

Die Grünen und besonders die Unterstützung durch eine Reihe ihrer Mitglieder sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Geschichte der Opposition in der DDR. Einzelpersonen wie Petra Kelly und Gert Bastian haben für deren Entwicklung inhaltlich und materiell Wesentliches geleistet. Der Einfluß der Parteien in der Bundesrepublik auf die Entwicklung der Opposition in der DDR wäre ohne die Grünen - mit Ausnahme von Situationen, in denen verbale öffentliche Solidarität die Entscheidungen der SED mehr oder weniger beeinflußt hat — insgesamt vernachlässigbar. Mit den Grünen aber muß festgestellt werden, daß die Opposition von westdeutschen Parteien deutlich beeinflußt wurde. Ohne diesen Einfluß hätte es sie zwar natürlich gegeben, aber besonders ihre anfängliche inhaltliche Ausformung wäre vermutlich später und langsamer erfolgt. Ob dies bemerkbare Auswirkungen auf den Gang der Geschichte gehabt hätte, ist wohl kaum festzustellen. Aus der Sicht der DDR-Opposition wäre es sicher angemessen zu sagen, daß ihre Bedeutung vorsichtshalber nicht überschätzt werden sollte.

Die deutsche Frage

Die Wiedervereinigung oder die „deutsche Frage“ spielten in den Diskussionen der DDR-Opposition kaum eine Rolle. Insgesamt ähnelte die Haltung zur deutschen Teilung, zwar weniger zu ihrer Genese und Analyse als vielmehr zu ihrer Perspektive, der auch bei den Grünen mehrheitlich vertretenen von einer Aufhebbarkeit durch Transparenz der Grenzen. Die Voraussetzungen dafür wurden in einem - eher verschwommenen vorgestellten - Dritten Weg gesehen. Diese Grundhaltung blieb vorherrschend bis zum Herbst 1989 und darüber hinaus.

Die Wiedervereinigungsoptionen von westdeutschen Parteien wie CDU und FDP erschienen aus der Wahrnehmung der Ostdeutschen und auch der Opposition wenig ernsthaft, eher rituell. Das offizielle Postulat von der Gültigkeit der Grenzen von 1937 wurde selbstverständlich als reaktionär und gefährlich abgelehnt, desgleichen der Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen. Eine absehbare Wiedervereinigung erschien unabhängig von ihrer Bewertung als völlig unrealistisch - und damit auch ein Ende der DDR. Praktisch der gesamten Opposition, sofern sie sich überhaupt als solche verstand, ging es um Veränderungen in der DDR, nicht um deren Abschaffung und schon gar nicht um einen bloßen Anschluß an die Bundesrepublik.

Über die Anerkennung der DDR bestanden durchaus unterschiedliche Auffassungen. Der Grund dafür lag aber weniger in der Vorstellung einer dadurch erschwerten Wiedervereinigung als in der Ablehnung einer Anerkennung des realen politischen Systems der DDR. Daher rührten die Vorbehalte gegenüber der Mehrheit der Grünen und gewisser tatsächlicher oder vermuteter Tendenzen in der SPD, übrigens auch der CDU-Regierung, insofern sie praktisch eine ähnliche Entspannungspolitik betrieb, wie sie die SPD entwickelt und seinerzeit praktiziert hatte. Über den Begriff der Nation gab es innerhalb der DDR-Opposition noch weniger Reflexion als im Westen. Das Verhältnis dazu war wie dort vorrangig irrational. Einerseits fühlten sich natürlich alle Angehörigen der Opposition als DDR-Bürger. Andererseits überzeugte niemanden die DDR-Theorie von der „sozialistischen“, aus der Tradition des Antifaschismus gewachsenen Nation in der DDR, noch weniger die damit verbundenen äußerst eigenwilligen Geschichtsinterpretationen der offiziellen DDR. In der DDR bestand allerdings ein geringerer Druck, sich zu diesem Thema zu positionieren, und es gab ebensowenig Anlaß und Gelegenheit, daraus praktische Konsequenzen für tagespolitische Forderungen zu ziehen. Gegenüber der Schlußfolgerung der Grünen, eine Anerkennung der DDR „ohne Wenn und Aber“ hätte positive Folgen für Entspannung und Demokratisierung in der DDR, bestanden dort erhebliche Zweifel.

Allen Parteien in der Bundesrepublik und den Oppositionellen in der DDR ist gemeinsam, daß sie sowohl auf den Zusammenbruch der DDR, zumindest zu diesem Zeitpunkt, und auf die reale Forderung nach Wiedervereinigung im Prinzip nicht vorbereitet waren. Allerdings brauchte die DDR-Opposition zu

der Erkenntnis der Unabweisbarkeit dieses Bedürfnisses länger als CDU, FDP und SPD in der Bundesrepublik. Sie setzte auf die Reform der DDR im Sinne einer Demokratisierung aus eigener Kraft und erlebte die DDR-Politik der westdeutschen Parteien zumindest nach dem Herbst 1989 gewissenmaßen als Einmischung in ihre Angelegenheiten. Am längsten leisteten die Grünen der Wiedervereinigung Widerstand. Viele sahen die Wiedervereinigung als ein Horrorgemälde vom Vierten Reich — eine Vorstellung, die es allerdings auch in der DDR gab.

Allen westdeutschen Parteien gemeinsam ist allerdings auch eine totale Unkenntnis der Situation in der DDR, besonders der wirtschaftlichen Lage. Was die etablierten westdeutschen Parteien wahrscheinlich realistischer einschätzen als die DDR-Opposition - nicht zu reden von den Grünen - waren allerdings die Bedürfnisse der Menschen. Die Oppositionellen jedenfalls, die alles andere als repräsentativ für die Bevölkerung der DDR waren, wurden von ihrem Erfolg genauso überrascht wie von ihrem anschließenden Mißerfolg.